

Agnes Bennhold, Renate Schenk
(AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg
E.Mail: a.bennhold@online.de

An den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann und die Vorsitzenden der DGB-Mitgliedsgewerkschaften Robert Feiger (IG Bauen-Agrar-Umwelt), Michael Vassiliadis (IG BCE), Klaus-Dieter Hommel (EVG), Marlis Tepe (GEW), Jörg Hofmann (IG Metall), Guido Zeitler (NGG), Oliver Malchow (GdP) und Frank Werneke (ver.di)

Betr.: Brandherd Nahost

9. 6. 2020

Sehr geehrter Kollege Hoffmann,
sehr geehrte Vorsitzende der Mitgliedsgewerkschaften im DGB,

uns ist bewusst, dass Euer Einsatz für Arbeitnehmer-Rechte derzeit Corona-bedingt in besonderem Maß gefragt ist. Trotzdem wenden wir, GEW-Mitglieder und Mitglieder der AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg, uns an Euch, weil uns die Sorge umtreibt, dass der Nahe Osten durch geplante Annexionen seitens Israels zum Brandherd wird.

Die geplanten Annexionen

Im Januar 2020 erhielt Netanjahu US-Präsident Trumps Annexionsplan für den Nahen Osten. Ab 1. Juli will Netanjahu den Plan verwirklichen.

Der Annexionsplan sieht vor:

- Die Palästinenser verlieren ca. 32% ihres Landes, darunter das fruchtbare Jordantal.
- Den Palästinensern verbleibt ein völlig zerstückeltes Territorium, das Trump ‚Staat‘ nennt und Netanjahu ‚Entität‘(1), und dem fast alle staatlichen Rechte aberkannt werden.
- Es drohen weitere Enteignungen und Vertreibungen.
- Den Palästinensern, die in dem von Israel annektierten Gebiet leben, soll das israelische Staatsbürgerrecht verweigert werden. Damit werden sie zu Bürgern zweiter Klasse. – Das ist Rassismus und Apartheid.

Die Folgen der Annexionen: Rechtlosigkeit für Palästinenser, Gefahr für Israels Sicherheit

Sollten die Annexionen, wie zu erwarten, vollzogen werden, sind die Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb und außerhalb der annektierten Gebiete in noch extremerer Weise als bisher der Rechtlosigkeit, der Gewalt und der Unterdrückung ausgeliefert. Verzweiflung, Hass und Gegenwehr werden über kurz oder lang die Folge sein, eine Gefahr auch für Israels Sicherheit.

Unsere Verantwortung als Deutsche

Für einen gerechten Frieden in Nahost tragen wir Deutsche eine besondere Verantwortung. Nachdem in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bereits zahlreiche Juden in Palästina Zuflucht gesucht hatten, sind ihnen in den 30er und 40er Jahren Hunderttausende gefolgt, um Verfolgung und Ermordung durch Hitlerdeutschland zu entkommen und in Palästina, der Heimat der Palästinenser, eine sichere Heimat zu finden. Das heißt: Die Konflikt-Situation in Nahost, ein Land = Heimat zweier Völker, ist auch eine Folge des Holocaust. Die Palästinenser sind zu sekundären Opfern der deutschen Politik geworden

(siehe auch die unten abgebildeten Karten). Deshalb lautet unsere Verantwortung: Unserer Schuld am Holocaust darf durch Wegschauen nicht neue Schuld hinzugefügt werden!

Wir dürfen nicht länger schweigen

Aufgrund enger Beziehungen zu Israel, aufgrund starken öffentlichen Drucks und aufgrund unserer Schuld gegenüber den Juden bestand in Deutschland bisher wenig Bereitschaft, für die Rechte der Palästinenser einzutreten. Gegen Netanjahus völkerrechtswidrige Annexions-Pläne nimmt die deutsche Regierung jedoch eindeutig Stellung.

Unsere gewerkschaftliche Aufgabe

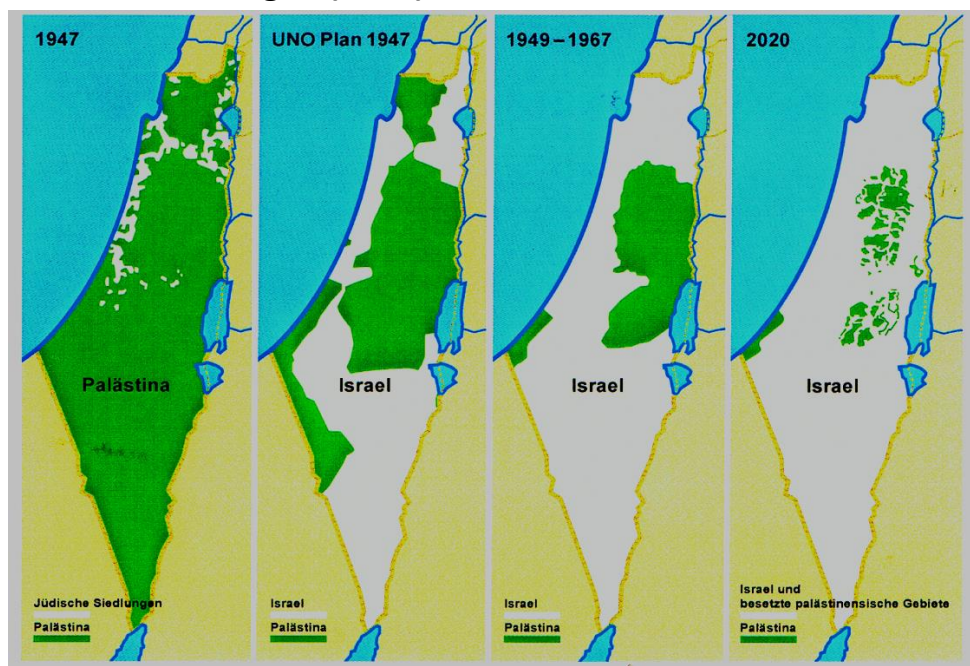
Die DGB-Satzung fordert „ Verwirklichung ... des **Friedens** und der **Freiheit** im Geiste der Völkerverständigung“ (2); und Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) lauten: „**Hoffnung** statt Hass, **Rechte** statt Unterdrückung, **Demokratie** statt Diktatur, **Freiheit** statt Faschismus, **Solidarität** statt Spaltung, **Vertrauen** statt Verzweiflung, **Gerechtigkeit** statt Ungleichheit, **Mut** statt Angst, **Würde** statt Ausbeutung.“ (3)

Lasst uns gemäß der DGB-Satzung und der IGB-Richtlinien klar und eindeutig im DGB und in seinen Mitgliedsgewerkschaften **gegen die geplanten Annexionen** Stellung nehmen und **für Frieden und Gerechtigkeit für Israelis und Palästinenser in Nahost** eintreten!

Mit der Bitte, diese Aufgabe zu unserem gewerkschaftlichen Beitrag für einen gerechten Frieden in Nahost zu machen,
senden Euch solidarische Grüße

Agnes Bennhold und Renate Schenk
(AG Palästina/Israel in der GEW Rhein-Neckar-Heidelberg)

Jüdische Siedlungen (1947) - Palästina - Israel 1947 - 2020



www.bip-jetzt.de

(1) Michael Sfard: „The three most common misconceptions ...“ in Haaretz v. 3. 6. 2020

(2) DGB-Satzung. §2,2

(3) IGB Frontline Kampagnen und 4 Aktionssäulen 2020